



II - 4709 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

**REPUBLIK ÖSTERREICH**

Der Bundesminister für Verkehr  
Pr.Zl. 5.906/7-Präs.1/1-1975

2110/A.B.  
zu 2109/J.

Präs. am 15. JULI. 1975

**ANFRAGEBEANTWORTUNG**

betreffend die schriftliche Anfrage  
der Abg. Dr. Lanner und Genossen,  
Nr. 2109/J-NR/1975 vom 1975 05 16:  
"Artikel im Agrar-Journal vom Jänner  
1975".

Ihre Anfrage erlaube ich mir, wie folgt zu beantworten:

**Zu den Fragen 1 und 2:**

Um auf dem Telefonsektor im ländlichen Raum weitere Verbesserungen herbeizuführen, habe ich die Post unter anderem beauftragt, die Möglichkeit einer pauschalierten Herstellungsgebühr zu prüfen. Bei dieser Untersuchung mußte von dem im § 19 der Fernmeldegebührenordnung verankerten Grundsatz, daß die Einnahmen an Herstellungsgebühren im Gesamten gesehen kostendeckend sein müssen, ausgegangen werden.

Das Pauschale für die Herstellung soll einerseits so festgesetzt werden, daß ein möglichst großer Kreis von Anschlußwilligen erfaßt wird. In diesem Sinne müßte, damit im übrigen auch ein Vorteil für die Anschlußwerber im ländlichen Raum zum Tragen käme, die Bandbreite, das sind die Herstellungs kosten bis zu einer bestimmten Höhe, welche durch eine Pauschale abgedeckt werden können, möglichst hoch angesetzt werden. Andererseits erfordert aber das Kostendeckungsprinzip eine möglichst geringe Bandbreite.

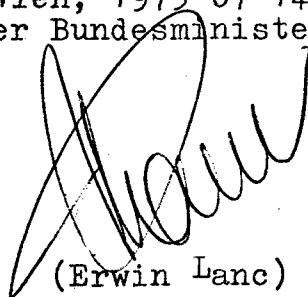
./. .

Der in der zitierten Publikation erwähnte Herstellungskostenbetrag von S 3.000,--, welcher noch durch eine Pauschalgebühr abgedeckt werden soll, wurde eingehend geprüft. Die Untersuchung ergab, daß bei einer pauschalen Herstellungsgebühr von S 1.000,-- bis zu einer Entfernung des herzustellenden Anschlusses von 150 m zur betreffenden Kabelausmündung (was einem Kostenaufwand von ca S 3.000,-- entspräche) ein jährlicher Einnahmeverlust von ca. 9 Mio Schilling eintreten würde, was nicht gesetzeskonform wäre.

Zur Frage 3:

Das vorliegende Problem wird daher in meinem Ressort im Rahmen einer eigenen Projektsgruppe geprüft. Diese soll die oben dargelegten widersprechenden Komponenten ausgleichen. Ein diesbezügliches EDV-Programm ist im Aufbau. Es kann daher in absehbarer Zeit mit dem Abschluß der Untersuchungen gerechnet werden.

Wien, 1975 07 14  
Der Bundesminister:



(Erwin Lanc)